

# Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen

Presseinformation vom 12.9.2013

## Zahnärzte: „Bürgerversicherung“ führt zu höheren Belastungen der Bürger - Drohende Verschärfung der Ausgaben- und Kostenprobleme

Die Verfechter der „Bürgerversicherung“ versprechen geringere Beiträge. Fakt ist: Käme diese Einheitsversicherung, würde sie für eine Vielzahl von Bürgern steigende Belastungen durch deutlich höhere Beiträge und Steuern bedeuten.

Hintergrund: Die Bundestagswahl 2013 bringt eine Weichenstellung im Gesundheitswesen: Kommt die von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei gewollte „Bürgerversicherung“, bedeutet dies eine staatliche Einheitsversorgung, in der alle Einwohner Deutschlands erfasst werden. Die private Krankenversicherung, wie wir sie heute kennen, gibt es dann nicht mehr. Was sich zunächst nach mehr Gerechtigkeit und Entlastung anhört, entpuppt sich bei näherem Hinsehen und beim Nachrechnen als Kostentreiber für das System.

In der „Bürgerversicherung“ würde die sog. Umlagefinanzierung gelten: Die eingezahlten Beiträge werden sofort wieder ausgegeben. „Anders als in der privaten Krankenversicherung gibt es keine Altersrückstellungen“, so die AG KZVen. Finanzierungsprobleme könnten nur durch Beitragssteigerungen und, wie von der SPD vorgesehen, stetig steigende Steuerzuschüsse gelöst werden.

Krankenversicherungsbeiträge sollen nach dem SPD-Konzept zudem nicht mehr nur auf Löhne und Gehälter erhoben werden, sondern auch auf Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung. Ein weiterer Aspekt: Ehemals Privatversicherte (z. B. Kinder, erwerbslose Ehepartner), die in der privaten Krankenversicherung einen eigenen Beitrag leisten mussten, wären in der Bürgerversicherung von der Beitragspflicht häufig befreit. „Dies führt zu weiterem Finanzierungsbedarf und in der Folge zu weiter steigenden Belastungen für die Versicherten“, so die AG KZVen.

Die AG KZVen betont: „Das bisherige gewachsene System, bestehend aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung, nimmt mit seiner Leistungsfähigkeit eine weltweite Spitzenposition ein. Es ist solide und den Herausforderungen z. B. der älter werdenden Gesellschaft viel besser gewachsen!“ Die Forderung: Statt eines Radikalexperiments „Bürgerversicherung“ müsse das jetzige duale Krankenversicherungssystem zukunftsweisend weiterentwickelt werden.

Arbeitsgemeinschaft der KZVen (AG KZVen)

c/o Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen  
Lyoner Straße 21, 60528 Frankfurt

AG KZVen

Die AG KZVen wird gebildet von den KZVen  
Baden-Württemberg, Bayerns, Hessen,  
Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Pressekontakt

Jörg Pompetzki, Tel. 069/6607-421, [jpompetzki@kzv.de](mailto:jpompetzki@kzv.de)